



**Geschäftsführung  
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 15.05.2012

**Niederschrift**

über die **4. Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses (27. Sitzung insgesamt)** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 14.05.2012, 17:05 Uhr bis 18:52 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Monika Möller	SPD	Vertretung für Frau Dr. Bürgermeister
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Birgit Gordes	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Frau Sylvia Laufenberg	FDP	Vertretung für Herrn Sterck

**Sachkundige Bürger**

Herr Michael Frenzel auf Vorschlag der SPD

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP
Herr Gerrit Krupp	
Herr Lothar Müller	DIE LINKE
Herr Ingo Schneemann	auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Ulrike Lau	Seniorenvertretung der Stadt Köln Vertretung für Frau Buchholz
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln

### **Verwaltung**

Herr Jörg Bambeck	Dezernat für Planen und Bauen
Herr Bernd Kiefer	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Frau Sandra Kißmann	Dezernat für Planen und Bauen
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat für Planen und Bauen
Herr Werner Stüttem	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Andreas von Wolff	Stadtplanungsamt

### **Schriftführerin**

Frau Marianne Michels	Dezernat für Planen und Bauen
-----------------------	-------------------------------

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Gereon Breuer	pro Köln

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Günter Leitner	auf Vorschlag der CDU Fraktion
Herr Christian Möbius	CDU
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN
Herr Horst Thelen	GRÜNE

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Sigrid Buchholz

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Bahri Gülsen

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Beh.pol. - DIE  
LINKE

Vorsitzender Klipper eröffnet die 4. Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses (27. Sitzung insgesamt) und begrüßt die Anwesenden. Da Herr Beigeordneter Streitberger heute zum letzten Mal an einer Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses teilnimmt, richtet er seinen ausdrücklichen Dank an ihn für seine geleisteten Dienste. Nachfolgend hebt er herausragende Projekte hervor, die in der achteinhalbjährigen Amtszeit des Beigeordneten Streitberger verwirklicht worden seien. Es habe stets ein freundschaftliches Klima geherrscht und Unstimmigkeiten seien konstruktiv diskutiert worden. Die übrigen Mitglieder schließen sich diesem Dank an; es werden kleine Anerkennungsgeschenke an Herrn Streitberger überreicht.

Beigeordneter Streitberger erwidert den an ihn gerichteten Dank. Die Arbeit habe ihm immer viel Freude bereitet.

Im Anschluss an die Verabschiedungszeremonie bittet Vorsitzender Klipper die Anwesenden sich zu erheben und verpflichtet Frau Ulrike Lau als neue sachkundige Einwohnerin im Stadtentwicklungsausschuss gemäß § 58 Abs. 4 GO i.V.m. § 5 Abs. 1 und 2 der Hauptsatzung.

Danach verliest er die Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung und fragt an, ob seitens der Mitglieder weitere Änderungswünsche vorliegen.

RM Zimmermann meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 10.1 – Im Oberen Bruch – an, weil er sich hierzu noch nicht mit der Bezirksvertretung habe abstimmen können.

RM Moritz bittet um Vertagung der Vorlage zu TOP 5.2 – Leitlinie Kölner Ringstraßen – da die Kommentierung der Verwaltung zum Beschluss im Ausschuss für Umwelt und Grün erst heute als Tischvorlage eingereicht worden sei und sie diese erst inhaltlich prüfen wolle.

Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor. Somit ergibt sich nachfolgende

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 1.1 KAG-Beiträge für die Severinstraße  
Mündliche Anfrage des SE Götz zur Sitzung am 22.03.2012, TOP 18.1  
1473/2012
- 1.2 Zustand des Aufzugs an der Domtreppe/Hauptbahnhof  
Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am  
26.04.2012, AN 0572/2012  
1849/2012

#### **2 Schriftliche Anfragen**

- 2.1 Wettbewerb "Lebenswerte Stadt - Natur und städtisches Leben ohne Wider-  
spruch"  
Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.05.2012  
AN/0678/2012

#### **3 Anträge**

#### **4 Stadtplanung - Projekte**

- 4.1 Regionale 2010
- 4.2 Umsetzung Masterplan
- 4.3 Neues Wohnquartier Aachener Straße  
Mündliche Präsentation des Wettbewerbsergebnisses
- 4.4 Ehemalige Bahndirektion  
Mündliche Präsentation des Wettbewerbsergebnisses

#### **5 Allgemeine Vorlagen**

- 5.1 Abgrabungskonzentrationszone Immendorf/Meschenich  
3550/2011

- 5.2 "Leitlinie Kölner Ringstraßen";  
Ergebnis der "Interdisziplinären Planungswerkstatt Kölner Ringstraßen" im  
Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans Kölner Innenstadt  
5222/2011  
zurückgestellt
- 5.3 Begrenzter architektonischer Wettbewerb nach RAW 2004 Tel-Aviv-Straße 1  
für eine neue Bebauung auf dem Grundstück des ehemaligen Hauptzollamtes  
in Köln-Altstadt/Süd mit Ideenteil im südlichen Bereich der Auffahrtsschleife  
Perlegraben, Ausloberin: S.I.E. Soini Immobilienentwicklung GmbH  
1256/2012  
endgültig zurückgezogen
- 5.4 Planfeststellungsverfahren gem. § 43 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i. V.  
m. §§ 72 - 78 VwVfG; hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau der 110-  
/380-kV-Höchstspannungs-Freileitung Rommerskirchen - Sechtem, Bauleitnr.  
4215" der Amprion GmbH  
1318/2012
- 6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen**
- 6.1 Bauliche Erweiterung des Bürgerzentrum Vingst, Heßhofstr. 43  
0955/2012  
zurückgestellt
- 7 Änderungen des Flächennutzungsplanes**
- 7.1 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz  
Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven  
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss  
0642/2012  
zurückgestellt
- 8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von  
frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertre-  
tungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligun-  
gen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die  
Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**
- 9.1 Städtebauliches Planungskonzept Urbacher Weg in Köln-Porz  
Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz zu den Ergebnissen der frühzeiti-  
gen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung  
des Bebauungsplan-Entwurfes  
0911/2012

**10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**

10.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 75450/04-01  
Arbeitstitel: Im Oberen Bruch in Köln-Brück, 1. Änderung  
4587/2011  
zurückgestellt

10.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung  
Arbeitstitel: Glashüttenstraße in Köln-Porz  
0644/2012

10.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung  
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal (Ortsteil Hohenlind)  
0757/2012

10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)  
Arbeitstitel: Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz  
0803/2012

10.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 67441/09  
Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd  
1292/2012

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren  
Arbeitstitel: Hatzfeldstraße in Köln-Dellbrück  
1557/2012

**11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**

**12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**

**13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**

13.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung  
Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung  
5172/2011

13.2 Beschluss über die Änderung des Aufstellungsbeschlusses und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 69474/02  
Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim  
0850/2012  
zurückgestellt

**14 Aufhebung von Bebauungsplänen**

**15 Sonstige Satzungen**

**16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen**

**17 Mitteilungen**

17.1 Vorschlag zur Erstellung eines Handlungsprogramms KALK NORD 2012 +  
1372/2012

17.2 Geschäftszentrenförderung und Initiativenmanagement der Stadt Köln  
1437/2012

17.3 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln-NordWest;  
hier: Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln  
1323/2012

17.4 Kölner Statistische Nachrichten 2/2012  
Generationenwechsel in älteren Ein- und Zweifamilienhausgebieten  
1539/2012

17.5 Zeitplan Eröffnung Historisches Archiv  
Mündliche Anfrage aus der Sitzung vom 13.03.2012, TOP 12.1  
1493/2012

**18 Mündliche Anfragen**

**19 Gleichstellungsrelevante Themen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**21 Schriftliche Anfragen**

**22 Anträge**

**23 Stadtplanung - Projekte**

**24 Gestaltungsbeirat**

**25 Sonstige Vorlagen**

25.1 Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen, Änderung des Ratsbeschlusses vom 13.10.2011 (Vorlage Nr. 2755/2011) "Künftige Unterbringung Bezirksrathaus Rodenkirchen - Richtungsentscheidung zur Realisierung"  
1273/2012

**26 Mitteilungen**

**27 Mündliche Anfragen**



## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **1.1 KAG-Beiträge für die Severinstraße Mündliche Anfrage des SE Götz zur Sitzung am 22.03.2012, TOP 18.1 1473/2012**

SE Götz sieht die Auffassung der Verwaltung nach wie vor kritisch und wird das weitere Verfahren aufmerksam begleiten.

#### **1.2 Zustand des Aufzugs an der Domtreppe/Hauptbahnhof Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 26.04.2012, AN 0572/2012 1849/2012**

Vorsitzender Klipper bittet um Vertagung, da die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage eingebracht worden sei.

### **2 Schriftliche Anfragen**

#### **2.1 Wettbewerb "Lebenswerte Stadt - Natur und städtisches Leben ohne Widerspruch" Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.05.2012 AN/0678/2012**

Beigeordneter Streitberger bedauert, wegen der Kürze der Zeit keine schriftliche Antwort vorlegen zu können; er werde die Fragen aber gerne mündlich beantworten:

Zu Frage 1:

Der Wettbewerb ist der Stadt bekannt. Es handelt sich um einen Wettbewerb der Stiftung „Lebendige Stadt“, die derartige Themen jährlich neu ausschreibt.

Zu Frage 2:

Ja, die Verwaltung erachtet es für sinnvoll, an dem Wettbewerb teilzunehmen.

Zu Frage 3:

Die Verwaltung beabsichtigt, das Projekt „Grüngürtel Impuls 2012“ für den Wettbewerb anzumelden.

### **3 Anträge**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

## **4 Stadtplanung - Projekte**

### **4.1 Regionale 2010**

Auf Wunsch des Vorsitzenden Klipper berichtet Beigeordneter Streitberger über den Sachstand des Projekts „Rheinboulevard“ und beantwortet Nachfragen hierzu.

RM Moritz stellt in diesem Zusammenhang deutlich heraus, dass sich der Stadtentwicklungsausschuss seinerzeit bewusst gegen die Entwicklung eines „Historischen Parks“ ausgesprochen habe.

Beigeordneter Streitberger versichert, der „Rheinboulevard“ sei hiervon getrennt zu sehen. Es handele sich um ein separates, finanziell abgeschlossenes Projekt.

### **4.2 Umsetzung Masterplan**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

### **4.3 Neues Wohnquartier Aachener Straße Mündliche Präsentation des Wettbewerbsergebnisses**

Beigeordneter Streitberger präsentiert mit Hilfe einer Powerpointpräsentation die Entwürfe der Preisträger und den Siegerentwurf.

### **4.4 Ehemalige Bahndirektion Mündliche Präsentation des Wettbewerbsergebnisses**

Beigeordneter Streitberger präsentiert mit Hilfe einer Powerpointpräsentation die Entwürfe der Preisträger und den Siegerentwurf.

## **5 Allgemeine Vorlagen**

### **5.1 Abgrabungskonzentrationszone Immendorf/Meschenich 3550/2011**

SE Götz spricht sich im Namen CDU-Fraktion gegen die Vorlage aus. Zum einen entspreche sie nicht mehr der ursprünglich gefundenen Kompromisslösung aus dem Jahr 2007 und zum anderen, weil eine Verbindlichkeit durch die vertragliche Regelung nicht erreicht werden könne.

Vorsitzender Klipper zeigt seine Verärgerung darüber, dass die Maßnahmen der Kompromisslösung sich nicht in der Vorlage wiederfänden. Auch werde nur nach genauer Betrachtung und Vergleichen deutlich, worin die Unterschiede bestehen, wie beispielsweise die Ausweitung der Abgrabungszone.

RM Dr. Müller macht u.a. unter Hinweis auf die geführte Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Grün deutlich, dass es keine andere Möglichkeit gebe, als der Vorlage zuzustimmen. Trotz intensiver Beschäftigung mit der Thematik sei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Schluss gelangt, dass es anders nicht machbar sei.

SE Hilden kündigt an, die FDP werde sich der Stimme enthalten. Sie habe stets die Auffassung vertreten, innerstädtische Flächen seien für den Kiesabbau zu wertvoll.

Herr Kiefer (Umwelt- und Verbraucherschutzamt) stellt klar, es gehe um eine öffentlich-rechtliche Genehmigung und nicht um eine vertragliche Regelung. D.h., die Genehmigung müsse erteilt werden, soweit dem beantragten Vorhaben keine öffentlich-rechtlichen Bedenken entgegenstünden. Die angesprochene Kompromisslösung habe leider einer genaueren rechtlichen Prüfung nicht Stand halten können. So sei beispielsweise dem notwendigen Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft nur unzureichend Rechnung getragen worden. Dies habe eine Änderung notwendig gemacht. Klar sei aber auch, dass derartige Ausgleiche über eine größere Auskiesungsfläche wieder erwirtschaftet werden müssten. Das Verfahren werde der Verwaltung durch die Vorgaben des Regionalplanes auferlegt. Seines Erachtens habe die Verwaltung hier eine rechtmäßige Genehmigung formuliert, welche die politischen Beschlüsse so weit wie möglich berücksichtige. Die von einigen Seiten geäußerte Befürchtung, auch für das Restauskiesungsvolumen werde demnächst ein solcher Antrag gestellt, könne er zerstreuen. Die Abgrabungs- und Rekultivierungsplanung sehe vor, dass zuerst eine größere Fläche als Ausgleichsfläche hergerichtet werden müsse und die Rekultivierung sukzessive mit der Auskiesung erfolge. Dies bedeute, dass mit Ende der Auskiesung in 18 Jahren die Flächen derart bewachsen sein werden, dass sie sich für weitere Auskiesungen nicht mehr eignen würden, denn der hierzu notwendige Ausgleich wäre so immens, dass es sich wirtschaftlich nicht mehr lohne. Er gestehe aber zur, dass die Frage danach, wie sich die Ausgestaltung der regionalplanerischen Ausweisung von Kiesabbaugebieten in Köln künftig entwickle, noch beantwortet werden müsse. Hierzu gebe es mehrere Ansätze und Untersuchungen, die er im Folgenden kurz umreißt.

RM Moritz stellt klar, dass fraktionsübergreifend Einigkeit bestehe, dass innerstädtische Flächen nach Möglichkeit nicht für den Kiesabbau in Anspruch genommen werden sollten. In den zahlreichen, zu dieser Thematik geführten Diskussionen sei aber deutlich herausgestellt worden, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht durchsetzbar sei. Selbstverständlich gefalle dies Niemand; man müsse jedoch die Gegebenheiten akzeptieren und versuchen, das Bestmögliche, wie beispielsweise die geplante Anlage eines Badesees, herauszuholen. Wenn sich alle der Stimme enthielten, würde die Einrichtung nur einer Konzentrationszone verhindert, was eine Flut von Abgrabungsanträgen zur Folge hätte.

Vorsitzender Klipper wehrt sich gegen diesen Vorwurf. Auch die CDU habe dem damaligen Kompromissvorschlag, welcher u.a. nur eine Konzentrationszone zugelassen habe, zugestimmt. Es könne nicht angehen, dass hiervon abgewichen werde, nur weil die Ausgleichsmaßnahmen für den Unternehmer zu teuer würden. Die hierzu gefassten Beschlüsse müssten beachtet werden.

Herr Kiefer geht noch einmal auf die Hintergründe ein. Zum Zeitpunkt der Kompromisslösung seien die rechtlichen Schwierigkeiten noch nicht absehbar gewesen. Im letzten Jahr seien drei Informationsveranstaltungen durchgeführt worden, in denen man die Problematiken offen kommuniziert und diskutiert habe. Dabei habe man auch bei der betroffenen Bevölkerung in weiten Teilen Verständnis für das Vorgehen erzielen können.

Vorsitzender Klipper hätte erwartet, dass Planänderungen dem Stadtentwicklungsausschuss zeitnah mitgeteilt würden. Anderenfalls müssten Abweichungen klar aus der Beschlussvorlage hervorgehen.

RM Zimmermann pflichtet den Aussagen von Frau Moritz bei. Es gebe nun einmal die gesetzlichen Vorgaben und in einem langjährigen Prozess sei es gelungen, dass sich beide Parteien aufeinander zubewegen. Der Unternehmer sei zahlreiche Kompromisse eingegangen und –wie von Herrn Kiefer ausgeführt- man habe auch in der Bevölkerung eine gewisse Akzeptanz erreichen können.

Vorsitzender Klipper schließt die Diskussion und stellt die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der in Anlage 1 dargestellten Erweiterung der Abgrabung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und bei Enthaltung der FDP-Fraktion.**

**5.2 "Leitlinie Kölner Ringstraßen";  
Ergebnis der "Interdisziplinären Planungswerkstatt Kölner Ringstraßen"  
im Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans Kölner Innenstadt  
5222/2011**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**5.3 Begrenzter architektonischer Wettbewerb nach RAW 2004 Tel-Aviv-Straße 1 für eine neue Bebauung auf dem Grundstück des ehemaligen Hauptzollamtes in Köln-Altstadt/Süd mit Ideenteil im südlichen Bereich der Auffahrtsschleife Perlengraben, Ausloberin: S.I.E. Soini Immobilienentwicklung GmbH  
1256/2012**

Eine Beschlussfassung hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

**5.4 Planfeststellungsverfahren gem. § 43 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i. V. m. §§ 72 - 78 VwVfG; hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau der 110-/380-kV-Höchstspannungs-Freileitung Rommerskirchen - Sechtem, Bauleitnr. 4215" der Amprion GmbH  
1318/2012**

RM Moritz bittet die Verwaltung, bei künftigen Vorlagen dieser Art ein Deckblatt mit Schlüsselkriterien anzulegen. Es sei den ehrenamtlichen Mitgliedern nicht zumutbar, eine solch umfangreiche und in sich unverständliche Vorlage Zeile für Zeile durchzusehen um die für sie relevanten Stellen zu entdecken. Auch enthalte sie zahlreiche

technische Details, wie beispielsweise unterschiedliche Empfehlungen zu Schutzabständen, deren Beurteilung ihr ohne nähere Erläuterung unmöglich erscheine.

Vorsitzender Klipper berichtet, er habe einen Vertreter der Rheinenergie zu Rate gezogen. Dieser habe ihm erklärt, dass die elektromagnetische Belastung durch die Verlegung von Erdkabeln nicht gemindert werde, weil deren Abstand zur Wohnbebauung in der Regel geringer sei als zu einer Hochspannungsleitung. Ein höherer Schutz könne ausschließlich durch eine besserer Abschirmung der Erdkabel erreicht werden. Er hätte es begrüßt, wenn zur heutigen Sitzung ein Experte, beispielsweise von der Rheinenergie, für solche Fragen anwesend gewesen wäre. Auch er fühle sich mit dieser Vorlage überfordert.

Beigeordneter Streitberger macht deutlich, dass die Klärung solcher Themen in die Zuständigkeit der Bezirksregierung fielen. Die Stadt Köln könne in ihrer Anhörung lediglich ihre städtebaulichen- und ggf. denkmalrechtlichen Belange zum Ausdruck bringen. Die Kritik betreffend des Aufbaus der Vorlage nehme er aber an.

SE Beste hielte es bereits für hilfreich, auch die Anlagen mit Seitenzahlen zu versehen. Aus städtebaulicher Sicht spreche er sich dafür aus, die Verlegung von Erdkabeln zu forcieren.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, die Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Lindenthal dahingehend zu ergänzen, dass der Schutz der Bevölkerung auch auf die anderen tangierten Bereiche erweitert werde.

Nach kurzer Diskussion über Sinn und Zweck der Einbringung derartiger Vorlagen, welche meist erst nach Abgabe der Stellungnahme in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht werden, bittet Beigeordneter Streitberger um Verständnis für dieses Vorgehen, weil die Verwaltung hierzu üblicherweise nur drei Monate Zeit habe. Dennoch halte er auch eine nachträgliche Beschlussfassung für wichtig, weil abweichende Beschlüsse bei der Bezirksregierung entsprechend vertreten würden.

RM Moritz wendet ein, die nachträgliche Einbringung derartiger Vorlagen müsse die absolute Ausnahme bleiben. Oftmals handele es sich um brisante Themen, an denen sie auch entsprechend beteiligt werden möchte. Sie erinnere daran, dass durch hiesige Beschlüsse schon so manche unliebsame Maßnahmen verhindert werden konnten.

RM Jung merkt an, die Stellungnahme der Verwaltung enthalte ausgiebige Untersuchungen zum Artenschutz nicht aber zum Schutz der Bevölkerung.

Beigeordneter Streitberger wiederholt, dies sei originäre Aufgabe der Planfeststellungsbehörde. Eine solche Beurteilung könne die Verwaltung auch gar nicht leisten.

Vorsitzender Klipper stellt seinen zuvor formulierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

### **Ergänzter Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Planfeststellungsverfahren für die Errichtung einer neuen 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung zwischen der Umspannanlage Rommerskirchen und der Umspannanlage Sechtem gegenüber der Bezirksregierung Köln die als Anlage 3 beigefügte Stellungnahme **mit den Ergänzun-**

gen aus der Anlage 4 abzugeben.

**Zudem wird die Verwaltung aufgefordert, alle Maßnahmen auszuschöpfen, die die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger reduziert (z. B. auch durch die Prüfung der Erdkabelvariante).**

Der Beschluss wird in das Berichtswesen für Anträge und Verwaltungsvorlagen aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

## **6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen**

### **6.1 Bauliche Erweiterung des Bürgerzentrum Vingst, Heßhofstr. 43 0955/2012**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

## **7 Änderungen des Flächennutzungsplanes**

### **7.1 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz- Westhoven hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss 0642/2012**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

## **8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

## **9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertre- tungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligun- gen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**

### **9.1 Städtebauliches Planungskonzept Urbacher Weg in Köln-Porz Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz zu den Ergebnissen der früh- zeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 0911/2012**

SE Frenzel zeigt seine Verwunderung darüber, dass die Vorlage in ungeänderter Form wieder eingebracht werde. Er erinnere an die Diskussion zur letzten Sitzung, wonach eine Überarbeitung der von der Bezirksvertretung Porz favorisierten Variante

1 gefordert worden sei. Insbesondere möge die Verwaltung einen Vorschlag zur Einfassung der Platzfläche unterbreiten.

Vorsitzender Klipper ist der Auffassung, dies könne auch noch im sich anschließendem Bebauungsplanverfahren erfolgen. Zunächst aber möge der Beschluss der Bezirksvertretung Porz akzeptiert- und das Verfahren nicht aufgehoben werden.

RM Moritz ist anderer Meinung. Die Bezirksvertretung habe sich nur deshalb für die Variante 1 ausgesprochen, weil sie hoffe, durch die Anlegung der Platzfläche ungewünschten Durchgangsverkehr zu verhindern. Ein städtebauliches Motiv gebe es nicht. Diese Erfahrung zeige ihr, dass sie künftig Gutachterverfahren zur Auflage machen werde, um solch schlechte Ergebnisse zu vermeiden.

Beigeordneter Streitberger erläutert, ursprünglich sei auch ein Gutachterverfahren vorgesehen gewesen. Wegen fehlender finanzieller Mittel und um das Vorhaben voranzubringen, habe sich die Verwaltung bereit erklärt, eigene Entwürfe zu erarbeiten. Er gebe zu, dass auch er die von der Bezirksvertretung gewählte Variante nicht favorisiere; dennoch sei auch diese Variante mit Zustimmung des Stadtentwicklungsausschusses zur Beratung in die Bezirksvertretung Porz gegeben worden. Er teile aber die hervorgebrachte Kritik, insbesondere zur Gestaltung der Platzfläche, weswegen er gerne bereit wäre, den Entwurf zu überarbeiten.

Vorsitzender Klipper begrüßt diesen Vorschlag. Parallel hierzu möge aber das Verfahren fortgesetzt werden. Sollte sich im Laufe dessen herausstellen, dass keine oder nur unzureichende Verbesserungen erzielt werden können, möge man neu überlegen. Zu diesem Zeitpunkt jedoch, wolle er die Entscheidung der Bezirksvertretung nicht aufheben.

SE Frenzel entgegnet, die Vorbehalte in diesem Gremium zu dieser Planung seien derart groß, dass er sich eine Überarbeitung bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.06.12 wünsche. Möglicherweise könne die Variante 1 mit den anderen Varianten verknüpft werden. Zudem möge geprüft werden, ob auf dem Vorplatz des Krankenhauses eine angemessene städtebauliche Figur entwickelt werden könnte.

Vorsitzender Klipper erklärt sich einverstanden, die Diskussionsbeiträge und Kritiken zur letzten und zur heutigen Sitzung erneut in die Bezirksvertretung Porz einzubringen und die Vorlage bis dahin zurückzustellen.

### **Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit Anmerkungen zur erneuten Beratung in die Bezirksvertretung Porz.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**

**10.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 75450/04-01**

**Arbeitstitel: Im Oberen Bruch in Köln-Brück, 1. Änderung  
4587/2011**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**10.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

**Arbeitstitel: Glashüttenstraße in Köln-Porz  
0644/2012**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Neuaufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet, welches im Norden begrenzt wird durch die Bergerstraße, im Osten durch die Grenze des Flurstückes 3159 sowie die westlichen Straßenbegrenzungslinien der Glashüttenstraße und der Friedrichstraße, im Süden durch die nördliche Straßenbegrenzungslinie der Philipp-Reis-Straße und im Westen durch die östliche Umzäunung der KVB-Trasse mit den Zielen, entsprechend den Vorgaben des vom Rat der Stadt Köln am 23.03.2010 beschlossenen Entwicklungskonzeptes Porz-Mitte Wohnungsbau zu entwickeln, die öffentliche Grünfläche weiterzuentwickeln sowie die Einrichtungen für den Gemeinbedarf zu sichern; weiteres Ziel ist die Entwicklung einer sechszügigen Kindertagesstätte aufgrund des dringenden Bedarfes im Stadtteil;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept –Arbeitstitel: Glashüttenstraße in Köln-Porz–mit den drei Varianten für den Teilbereich Wohnen und Kindertagesstätte zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 (Versammlung).

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

**Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal (Ortsteil Hohenlind)  
0757/2012**

RM Moritz spricht sich für die Variante 1 aus, allerdings mit einer gedachten Linie zwischen der Bestandsbebauung im Norden zu der im Süden. Demnach müssten ein Doppel- sowie drei Einzelhäuser entfallen. Den von der Bezirksvertretung Lindenthal gefassten Ergänzungsbeschluss lehne sie indes ausdrücklich ab. Von der Verwaltung



möchte sie aber noch wissen, wie sich der Stellplatznachweis nach Wegfall des Parkplatzes vor dem Krankenhaus darstelle.

Herr von Wolff (Stadtplanungsamt) antwortet, ein Ersatz der Stellplätze sei Voraussetzung für die Realisierung der Bebauung auf dieser Fläche. In der Konsequenz bedeute dies, dass ein Parkhaus errichtet werden müsse.

Vorsitzender Klipper spricht sich für eine Beschlussfassung analog der Bezirksvertretung Lindenthal aus, stellt aber zuerst den von Frau Moritz formulierten Änderungsantrag zur Abstimmung:

### **1. Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen einer Fläche circa 4 Meter östlich der Militärringstraße, Werthmannstraße, den Garten- und Parkanlagen des Krankenhauses und der Bachemer Straße —Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal (Ortsteil Hohenlind)— aufzustellen mit dem Ziel, die Fläche als Wohngebiet festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: "Wohnbebauung Hohenlind" in Köln-Lindenthal— zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 (Abendveranstaltung).

***Der Stadtentwicklungsausschuss spricht sich für die Variante 1 aus. Das Baugebiet soll jedoch an der Militärringstraße um eine gedachte Linie zwischen der Bestandsbebauung im Süden und Norden begrenzt werden. Das bedeutet, dass das dort geplante Doppelhaus sowie die drei Einzelhäuser nicht realisiert werden.***

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.**

Anschließend stellt Vorsitzender Klipper die vorherige Beschlussergänzung mit der Ergänzung aus der Bezirksvertretung Lindenthal zur Abstimmung:

### **2. Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen einer Fläche circa 4 Meter östlich der Militärringstraße, Werthmannstraße, den Garten- und Parkanlagen des Krankenhauses und der Bachemer Straße —Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal (Ortsteil Hohenlind)— aufzustellen mit dem Ziel, die Fläche als Wohngebiet festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: "Wohnbebauung Hohenlind" in Köln-Lindenthal— zur Kenntnis;

3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 (Abendveranstaltung).

**Der Stadtentwicklungsausschuss spricht sich für die Variante 1 aus. Das Bau-  
gebiet soll jedoch an der Militärringstraße um eine gedachte Linie zwischen der  
Bestandsbebauung im Süden und Norden begrenzt werden. Das bedeutet, dass  
das dort geplante Doppelhaus sowie die drei Einzelhäuser nicht realisiert wer-  
den.**

***Im Umfeld des „Rosengartens“ und des „Grünen Kreuzgangs“ ist die Gebäude-  
und Stockwerkzahl zu reduzieren.***

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen.**

**10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorha-  
benbezogener Bebauungsplan)  
Arbeitstitel: Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz  
0803/2012**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet der Parkplatzfläche südlich der Universitätsstraße zwischen Remigiusstraße und Luxemburger Straße betreffend das Grundstück Universitätsstraße 3, bestehend aus dem Flurstück 919, der Flur 69 in der Gemarkung Müngersdorf in Köln-Sülz —Arbeitstitel: Universitätsstraße 3 in Köln-Sülz— einzuleiten mit dem Ziel, ein Wohnbaugrundstück für studentisches Wohnen mit einer abgestaffelten V- bis VII-geschossigen Blockrandbebauung und einer II- bis IV-geschossigen rückwärtigen Bebauung festzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 67441/09  
Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd  
1292/2012**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 67441/09 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen Ulrichgasse, Paulstraße, Schnurgasse und Ankerstraße in Köln-Altstadt/Süd —Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des Verfahrens nach § 13 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren**  
**Arbeitstitel: Hatzfeldstraße in Köln-Dellbrück**  
**1557/2012**

Auf Nachfrage des SE Götz erläutert Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt), dass die bereits ansässigen Betriebe Bestandschutz genießen. Nunmehr gehe es darum, durch die Aufstellung des Bebauungsplanes weitere Ansiedlungen dieser Art zu verhindern.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in Verbindung mit § 9 Absatz 2a BauGB einen Bebauungsplan für den Bereich westlich der Mielenforster Straße zwischen Hatzfeldstraße und Flurstück Nr. 2658, südlich der Hatzfeldstraße bis zur südlichen Flurstücksgrenze der Flurstücke Nr. 2654 – 2658, 2435, 2436, 2438, 2431, 2371 – 2373, 2223, 2154 sowie 2156, nördlich der Hatzfeldstraße unter Einbezug der Flurstücke Nr. 2283 – 2294, 2316 – 2318, 2531, 2532, 1949, 2018 – 2021, 1994 – 1997, 1715 sowie 2375 – 2380, beiderseits der Radiumstraße und östlich des Grafenmühlweg zwischen Hatzfeldstraße und Flurstück Nr. 2156 – Arbeitstitel: "Hatzfeldstraße" in Köln-Dellbrück – aufzustellen mit dem Ziel, den Ausschluss von Einzelhandel im Geltungsbereich des Bebauungsplanes festzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

**12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

**13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**

**13.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung**  
**5172/2011**

SE Hilden bittet darum, dass die Verwaltung sich der sozialen und verkehrlichen Probleme im Zusammenhang mit dieser Bebauung annehme. Damit meine er insbesondere die Sicherstellung ausreichender Schul- und Kindergartenplätze.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen der südlichen Seite des Langendahlweges, der östlichen und der nördlichen Grenze der privaten Grünfläche nach Norden folgend, der westlichen Seite des Hardtgenbuscher Kirchweges, entlang der südlichen und östlichen Grenze der privaten Grünfläche und der südlichen und der östlichen Abgrenzung der Waldfläche nach Norden folgend, weiter an der westlichen und südlichen Grenze des Grundstücks 845 entlang, dann den rückwärtigen Grundstücksgrenzen nach Osten folgend bis zur Parzelle 905, der öffentlichen Verkehrsfläche und der öffentlichen Grünfläche auf der westlichen Seite nach Süden folgend bis zur rückwärtigen Grenze der Parzelle 619, dann weiter südlich entlang der nördlichen und südlichen Abgrenzungen der privaten Grünfläche bis zum Langendahlweg —Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung— aufzustellen mit dem Ziel, den Bebauungsplan an das Ergebnis der durchgeführten Mehrfachbeauftragung im Geschosswohnungsbau anzupassen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung— zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

- 13.2 Beschluss über die Änderung des Aufstellungsbeschlusses und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 69474/02**  
**Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim**  
**0850/2012**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**14 Aufhebung von Bebauungsplänen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

**15 Sonstige Satzungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

**16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

## **17 Mitteilungen**

### **17.1 Vorschlag zur Erstellung eines Handlungsprogramms KALK NORD 2012 + 1372/2012**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **17.2 Geschäftszentrenförderung und Initiativenmanagement der Stadt Köln 1437/2012**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **17.3 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln-NordWest; hier: Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln 1323/2012**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **17.4 Kölner Statistische Nachrichten 2/2012 Generationenwechsel in älteren Ein- und Zweifamilienhausgebieten 1539/2012**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **17.5 Zeitplan Eröffnung Historisches Archiv Mündliche Anfrage aus der Sitzung vom 13.03.2012, TOP 12.1 1493/2012**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **18 Mündliche Anfragen**

18.1 – Mündliche Nachfrage des SE Frenzel zum Abstimmungsergebnis der Bezirksvertretung Porz zu TOP 10.2 – Glashüttenstraße

SE Frenzel möchte wissen, mit welcher Mehrheit die Bezirksvertretung die Vorlage zu TOP 10.2 beschlossen habe und warum er hierzu keine Umdruckunterlagen erhalten habe.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) antwortet, die Bezirksvertretung Porz habe der Vorlage einstimmig zugestimmt.

### Anmerkung des Protokolls:

Auszüge aus den Bezirksvertretungen werden nur bei Änderungen/Ergänzungen versandt oder wenn Diskussionsbeiträge weitergegeben werden sollen.

## **19 Gleichstellungsrelevante Themen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

gez. Karl-Jürgen Klipper  
Vorsitzender

---

gez. Marianne Michels  
Schriftführerin